

Transitland unter Druck [13.01.2009](#)

RABAT/NOUADHIBOU/BERLIN (Eigener Bericht) - Neue Opferstatistiken für das Jahr 2008 demonstrieren das anhaltend katastrophale Ausmaß des Flüchtlingssterbens vor den südeuropäischen Küsten. Jüngsten Angaben zufolge sind vergangenes Jahr beim Versuch, übers Meer in die EU einzureisen, allein vor dem spanischen Festland und den Kanarischen Inseln mehr als 500 Menschen ums Leben gekommen. Auch von den Landgrenzen Nordafrikas zur EU an den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla werden neue Opfer gemeldet. In Melilla begann das Jahr 2009 mit Todesschüssen in der Neujahrsnacht. Die auf Drängen Berlins und mit deutscher Mitwirkung verschärfte Flüchtlingsabwehr der EU fordert nicht nur zahlreiche Todesopfer, sondern führt auch zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen in Transitländern. Wie amnesty international belegt, kommt es etwa in Mauretanien immer öfter nicht nur zu völkerrechtswidrigen Deportationen, sondern auch zur gesetzwidrigen Abschiebung dauerhaft ansässiger Migranten - unter dem Druck Spaniens und der EU. amnesty erhebt schwere Vorwürfe gegen die deutsch-europäische Flüchtlingsabwehr.

Todesschüsse

Zu Jahresbeginn wurden von den Landgrenzen Nordafrikas zur EU bei den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla Todesschüsse gemeldet. In Melilla hatten rund 80 Migranten in der Neujahrsnacht versucht, aus Marokko über die hochgerüstete Grenze in die EU zu gelangen. Marokkanische Polizisten feuerten auf sie und erschossen einen von ihnen. 14 weitere wurden anschließend festgenommen. "Sie dürften wie üblich ausgewiesen und im Niemandsland an der algerischen Grenze ausgesetzt werden", mutmaßte die Presse angesichts der gebräuchlichen Praktiken an der EU-Südgrenze.[1] Allein bei Ceuta und Melilla sind in den vergangenen Jahren mindestens 36 Menschen beim Versuch, in die EU einzureisen, erschossen worden.[2]

Staatliche Willkür

Zahlreiche Todesfälle werden weiterhin aus dem Meer vor den europäischen Küsten gemeldet. Demnach sind beim Versuch, über See in die EU einzureisen, letztes Jahr mehr als 500 Menschen allein vor den Küsten Spaniens ums Leben gekommen.[3] Die Todesfälle sind auch eine Konsequenz aus der Flüchtlingsjagd der EU, die die Migranten auf immer gefährlichere Routen treibt. Die EU-Behörde Frontex hat ihre Operationen vor den Kanarischen Inseln, die sie seit dem Sommer 2006 unter der Bezeichnung "Hera" durchführt - meist mit deutscher Beteiligung -, systematisch ausgeweitet und mit "Hera 2008" ihren bisherigen Gipfel erreicht. Eigenen Angaben zufolge stoppte Frontex im Jahr 2008 insgesamt 5.410 Migranten und transportierte oder eskortierte sie zurück nach Mauretanien oder Senegal. Um dem Willkür-Eingriff in die freie Schifffahrt zumindest den Anschein von Rechtmäßigkeit zu geben, ist auf jedem Frontex-Boot ein Staatsbediensteter aus Mauretanien oder Senegal dabei, der in den jeweiligen Territorialgewässern hoheitliche Befugnisse ausüben kann. Formal übernimmt er die Verantwortung für das Zurücktreiben der Flüchtlinge.[4]

Verboten

Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter amnesty international, haben diese Praxis schon im Jahr 2007 auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen lassen - mit negativem Ergebnis. Wie es in einem Rechtsgutachten heißt, das

in ihrem Auftrag im September 2007 erstellt wurde, muss Frontex auch den Bootsflüchtlingen Zugang zu einem geregelten Asylverfahren ermöglichen. Vor dessen Abschluss ist "die Zurückweisung" der Migranten, "das Zurückeskortieren, die Verhinderung der Weiterfahrt, das Zurückschleppen bzw. die Verbringung in nicht zur EU gehörige Küstenländer (...) verboten".[5] Daran ändert auch der Einsatz von mauretanischem oder senegalesischem Personal nichts. Sofern "drittstaatsangehörige Stellen" in die Überwachungstätigkeiten eingebunden würden, müsse Frontex sicherstellen, "dass die Schutzsuchenden und Migranten im Einklang mit den menschen-, flüchtlings- und seerechtlichen Normen an einen sicheren Ort verbracht werden", wo ihnen keine Zurückweisung droht. "Dies ist in den afrikanischen Transitstaaten nicht gewährleistet", heißt es in dem Rechtsgutachten, "weshalb die Verbringung auf das Territorium von EU-Mitgliedstaaten geboten ist."

Guantanamo

Die Frontex-Praxis, Flüchtlinge an Land zurückzutreiben, bricht nicht nur geltendes Völkerrecht, sondern führt darüber hinaus in Transitländern zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen. In Mauretanien etwa halten sich schon seit je zahlreiche Migranten vor allem aus Mitgliedsländern des westafrikanischen Staatenbündnisses ECOWAS auf - gänzlich legal, nicht selten als Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter. Sie sind von Flüchtlingen, die die Absicht haben, in die EU überzusetzen, nicht zu unterscheiden. Seit die Repressionskräfte in Mauretanien gezwungen sind, möglichst viele Bootsflüchtlinge schon vom Betreten ihrer Elendskähne abzuhalten und sie noch an Land zu ergreifen, geraten auch viele nicht ausreisewillige Migranten in die Fänge der Polizei. Obwohl sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, werden sie wie die Bootsflüchtlinge inhaftiert, gewöhnlich im Abschiebezentrum im nordmauretanischen Nouadhibou. Die Einrichtung, die im Frühjahr 2006 mit Hilfe Spaniens eröffnet worden ist, wird wegen ihrer menschenunwürdigen Inhaftierungsbedingungen auch "Guantanamo" genannt.[6]

Internationale Partner

Aus "Guantanamo" werden alle, Bootsflüchtlinge und in Mauretanien dauerhaft ansässige Migranten, ohne Unterschied abgeschoben - nach Mali oder nach Senegal. Davon betroffen sind nicht nur Bürger der beiden Länder, sondern auch Bürger von Drittstaaten, die unter Bruch internationalen Rechts ohne Gelegenheit zum Einspruch deportiert werden. Dies gilt auch für die Bootsflüchtlinge, die von den Kanarischen Inseln nach Mauretanien verbracht werden, seit Spanien im Jahr 2003 eine Abschiebevereinbarung mit dem Land geschlossen hat. Wie die Menschenrechtsorganisation amnesty international in Nouadhibou erfahren hat, werden die eigentlich illegalen "Kettenabschiebungen" von den mauretanischen Behörden "in Kooperation mit internationalen Partnern" finanziert.[7]

Äußerst besorgt

amnesty international hat die Verwerfungen, die die europäische Flüchtlingsabwehr unter den Migranten in Mauretanien hervorruft, in einer ausführlichen Studie dokumentiert.[8] Wie die Organisation schreibt, ist die Entwicklung eine unmittelbare Folge des Drucks, den Spanien und die EU auf die Transitländer der Bootsflüchtlinge ausüben - entsprechend den Vorgaben der deutsch geprägten EU-Migrationspolitik.[9] "Es scheint klar", urteilt amnesty international, "dass der starke Druck, den die EU und besonders Spanien auf die mauretanische Regierung ausüben", zu der Verletzung fundamentaler Menschenrechte in Mauretanien beiträgt. Die Organisation ist "äußerst besorgt über die verderblichen Wirkungen dieses Drucks".

Bitte lesen Sie auch unser EXTRA-Dossier [Festung Europa](#) .

[1] Illegaler Einwanderer vor Melilla erschossen; Frankfurter Allgemeine Zeitung 03.01.2009

[2] Ceuta e Melilla: l'alambrada; fortresseurope.blogspot.com

[3] Menos cayucos, pero más muertos; El Dia Canarias 07.01.2009

[4] HERA 2008 and NAUTILUS 2008 Statistics; Frontex-Pressemitteilung 15.12.2008

[5] Andreas Fischer-Lescano, Tillmann Löhr: Rechtsgutachten: Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See, September 2007

[6], [7], [8] amnesty international: Mauritania: "Nobody wants to have anything to do with us". Arrests and collective expulsions of migrants denied entry into Europe, 01.07.2008

[9] s. dazu [Dreijahresbilanz](#) , [Europas Hilfskräfte](#) und [Weniger Flüchtlinge, mehr Gas](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com